

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Auf russische Aggression besonnen reagieren – kein Zurück zum Kalten Krieg

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Der Angriff Russlands auf die Ukraine stellt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts dar, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Mit dem Einmarsch wurde die territoriale Unversehrtheit der Ukraine durch Anwendung von Gewalt verletzt und damit gegen einen der wichtigsten Grundsätze der UN-Charta verstoßen. Die jüngere deutsche Außenpolitik beruhte auf dem Glauben, dass wirtschaftliche Vorteile geopolitische Interessen überlagern würden. Die militärische Expansionspolitik Russlands beweist das Gegenteil.
2. Ein Abbruch der Kontakte zu Russland sowie sich selbst überschlagende Sanktionen leisten keinen dauerhaften Beitrag zur Beendigung des Konflikts. Sie verschärfen die Situation und können zum Leidwesen der Menschen eine Spirale in Gang setzen, die sich letztlich nach allen Erfahrungen als kontraproduktiv erweisen wird. Dabei dürfen wir legitime nationale Interessen nicht aus den Augen verlieren.
3. Es gibt keine Alternative zu Verhandlungen, wobei alle noch bestehenden Kanäle von deutscher Seite genutzt werden müssen. Ein Zurück in ein Klima des Kalten Krieges darf es nicht geben. Ein weiteres Ausbreiten des Konflikts auf den Kontinent muss unter allen Umständen verhindert werden.
4. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen sollte vorrangig heimatnah in den Nachbarstaaten der Ukraine erfolgen. Dort muss Deutschland in enger Kommunikation mit den Erstaufnahmeländern Unterstützung leisten. Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen in Deutschland ist auf die Dauer der kriegerischen Auseinandersetzungen zu beschränken. Es dürfen keine falschen Erwartungen für eine dauerhafte Bleibeperspektive geweckt werden.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. alle Initiativen zu unterstützen, die einen dauerhaften Frieden ermöglichen, und die Souveränität der Ukraine sowie russische Sicherheitsinteressen für einen diplomatischen Ausweg zu berücksichtigen.
2. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass statt Waffenlieferungen ausschließlich Lieferungen für die medizinische und humanitäre Versorgung erfolgen.
3. die wirtschaftlichen Kontakte zu Russland und Nordstream 2 weiterhin als Chance zu begreifen, mit Russland im Gespräch zu bleiben, den Frieden wieder herzustellen und durch Handel dauerhaft zu stützen.
4. die Nachbarstaaten der Ukraine bei der Aufnahme von tatsächlichen Kriegsflüchtlingen mit landeseigenen Kapazitäten materiell und personell angemessen vor Ort zu unterstützen und in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen unserer Möglichkeiten vor allem Frauen und Kinder aufzunehmen.
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die Aufnahme von (ukrainischen Staatsbürgern) Kriegsflüchtlingen in Deutschland von vornherein auf die Dauer der kriegerischen Auseinandersetzungen zu beschränken und kommunikativ keine falschen Erwartungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu wecken.
6. Aufnahmekapazitäten in Mecklenburg-Vorpommern dadurch zu erhöhen, vollziehbar ausreisepflichtige Personen verstärkt zurückzuführen. Personen aus der Ukraine, die kein Bleiberecht haben, sind hiervon aktuell ausgenommen. Hierfür sind auf Landesebene alle Möglichkeiten einer konsequenteren Durchsetzung der Ausreisepflicht zu prüfen.

Nikolaus Kramer und Fraktion